

## Durchaus freundschaftlich

Die deutsch-französischen Besprechungen

Lausanne, 25. Juni.

Der Verlauf der gestrigen deutsch-französischen Konferenz stellt sich im einzelnen so dar, daß Reichsfinanzminister Graf Schwerin von Krosigk in der Vormittagsitzung sich im wesentlichen darauf beschränkt hat, die Verschlechterung der deutschen Lage gegenüber dem Baleser Sachverständigenbericht vom Dezember vorigen Jahres darzustellen, nachdem Herriot diesen Bericht als Diskussionsgrundlage erwähnt hatte. Der Reichsfinanzminister wies dabei auf die Veränderung der Handelsbilanz, der Devisenbestände der Reichsbank, der Statentwicklung, der Arbeitslosigkeit und der allgemeinen Wirtschaftslage hin und hob hervor, daß die Herabsetzung der Unterstützungssätze durch die Dezemberverordnung und die jüngste schwerste soziale Spannungen auslösen müßte, weil die Arbeitslosen zum großen Teil seit Jahr und Tag auf solche Unterstützungen angewiesen, Kleider und anderes nicht erneuern können.

Der französische Finanzminister Germain-Martin beschränkte sich am Nachmittag im wesentlichen auf die Wiederholung der französischen These, wonach die Not Deutschlands in der Gegenwart durchaus anerkannt wird, aber nach Aufhören der Krise die Aufbringung und Transferierung gewisser Zahlungen im Bereich des Möglichen liege, wofür eben durch den französischen Plan ein Weg gefunden werden solle.

Es schloß sich eine kurze Aussprache an, die am Montag mit Bezug auf die Kernfrage wiederaufgenommen wird. Inzwischen werden die Sachverständigen, die schon bisher in Fühlung sind, am Montagvormittag eine Reihe von Fragen behandeln. Die Erörterungen verliefen in durchaus freundschaftlichem Geist.

## Entweder — oder!

Washingtons unverändert feste Haltung.

New York, 25. Juni.

Die Washingtoner amtlichen Kreise erklären, aus dem Abrüstungsvorschlag Hoovers gehe notwendig und deutlich hervor, daß Amerika alle europäischen Bitten um Streichung oder Herabsetzung der Kriegsschulden so lange unbeachtet lassen werde, bis Europa abgerüstet habe. Sie erklären weiter, Amerika werde seine Luft- und Seestreitkräfte nicht herabsetzen, wenn Europa seine Landkräfte nicht erheblich vermindere.

Das Schicksal des Hoovervorschlages hänge, wie man offen spricht, zum größten Teil von der Haltung Frankreichs und Japans ab. Unterstaatssekretär Castle gab zu, daß eine einzige Macht die Annahme des Vorschlages gefährden könnte, er betonte jedoch, daß der Vorschlag weitere Verhandlungsmöglichkeiten böte. — Die ausländischen Botschafter und Gesandten haben im Staatsdepartement vorgesprochen, um sich über die Lage zu orientieren, wirkliche Besprechungen finden aber nur in Genf statt.

## Frostige Aufnahme in Japan

Die gesamte japanische Presse bringt die Ausführungen Hoovers mit sehr kühlen Begrüßungswörtern. Man weist in japanischen Kreisen darauf hin, daß der Ausführung der Hoover'schen Abrüstungsvorschläge gewisse Schwierigkeiten entgegenstehen. Besonders für Japan sei die Durchführung schwierig, weil sich Japan augenblicklich in einer besonders ungünstigen Lage befindet. In Marinekreisen hält man eine teilweise Durchführung der Vorschläge für möglich, während die japanischen Militärkreise die Vorschläge für die Armeen für vollkommen unannehmbar erklären.

## 28 Staaten für den Hoover-Vorschlag

Nach einer Meldung sollen 28 auf der Abrüstungskonferenz vertretene Staaten der amerikanischen Delegation mitgeteilt haben, daß sie sich dem amerikanischen Vorschlag anschließen. Der Hauptausschuß der Abrüstungskonferenz wird, wie das Blatt berichtet, den amerikanischen Plan am Dienstag oder Mittwoch prüfen.

## Abrüstungsbesprechungen unterbrochen

Die Abrüstungsbesprechungen zwischen der amerikanischen, englischen und französischen Delegation sind unterbrochen worden. Sie sollen am nächsten Montag wieder aufgenommen werden. Die Unterbrechung wird von beteiligter Seite damit erklärt, daß der englische Außenminister zur Zeit noch in London sei und der englische Luftfahrtminister Lord Londonderry an den Verhandlungen des Luftfahrt-Ausschusses teilnehmen müsse.

## Um die Freiheit der Luftfahrt

Scharfe Auseinandersetzungen im Luftfahrt-Ausschuß.

Genf, 25. Juni.

Die öffentliche Sitzung des Luftfahrt-Ausschusses der Abrüstungskonferenz wurde mit einer Rede des deutschen Delegierten, Ministerialdirektor Dr. Brandenburg, eröffnet. Der deutsche Delegierte setzte sich grundräßig mit der Forderung nach Internationalisierung der Zivilluftfahrt auseinander.

Ministerialdirektor Dr. Brandenburg wandte sich sehr scharf gegen die Unterstellung des französischen Delegierten, daß diejenigen, die einer Internationalisierung der Zivilluftfahrt in der vorgeschlagenen Form widersprechen, damit eine Abrüstung der Militärluftfahrt unmöglich machen.

Dr. Brandenburg führte hierzu aus: „Die deutsche Delegation ist durchaus bereit, an der Aufgabe, die ihr der Hauptausschuß überwiesen hat, mitzuarbeiten. Die Internationalisierung der Zivilluftfahrt ist aber kein geeignetes Mittel, um so weniger, als nach den bisher vorliegenden Vorschlägen diesen internationalisierten Zivilluftfahrzeugen sogar eine militärische Entwicklungsrichtung aufgezwungen wird, da diese Luftfahrzeuge gegebenenfalls zum Krieg gegen den Krieg benutzt werden sollen. Wenn wir solche Wege gehen würden, so würden wir die Zivilluftfahrt von ihren wirklichen kommerziellen Aufgaben ablenken und Flugzeuge züchten, die für ihre eigentlichen Zwecke nur halb geeignet sind. Wir würden damit nicht entmilitarisieren sondern geradezu militarisieren. Die deutsche Delegation hat als geeignete Maßnahmen zur Entgiftung der Zivilluftfahrt die allgemeine Annahme derjenigen Bestimmungen vorgeschlagen, welche die Botschafterkonferenz gegenüber der deutschen Zivilluftfahrt im Jahre 1926 festgesetzt hat. Ich stelle der These des französischen Delegierten die Frage gegenüber, ob er es für möglich hält, daß die abgerüsteten Länder, deren Zivilluftfahrt in Auswirkung des Versailler Vertrages noch heute viele und einschneidende Beschränkun-

gen zu tragen hat, bereit wären, auf dieser Abrüstungskonferenz neue Beschränkungen ziviler Betätigung auf sich zu nehmen, ohne daß die Sicherheit besteht, daß auf dem eigentlichen Arbeitsgebiet dieser Konferenz, nämlich auf dem der Abrüstung der militärischen Waffen, wirklich Entscheidendes geschieht. Ich habe noch nicht gehört, daß die Fragen der Seeabrüstung abhängig gemacht worden sind von der Internationalisierung der Handelsluftfahrt, geschweige denn, daß ähnliche Maßnahmen etwa bezüglich der Eisenbahnen oder der Kraftwagen in Erwägung gezogen seien.

Der deutsche Delegierte betonte nochmals mit aller Deutlichkeit, daß Deutschland sich einer vernünftigen Ueberwachung der Zivilluftfahrt nicht widersetzen wolle, wenn auf dem Gebiete der militärischen Abrüstung wirklich durchgegriffen werde. Abgesehen von dem von Italien so warm unterstützten Vorschlag des Präsidenten Hoover lägen aber noch feinererlei konkrete Vorschläge auf diesem Gebiete vor.

An die Rede des deutschen Delegierten im Luftfahrt-Ausschuß der Abrüstungskonferenz schloß sich eine Debatte an, in der der tschechoslowakische Delegierte Fierlinger die Internationalisierungstheorie vertrat. Der frühere französische Luftfahrtminister Cynac versuchte vergeblich, die Argumente Brandenburgs zu entkräften. Der holländische Delegierte Wiegens erklärte, daß die französischen Vorschläge schwer entkräftet hätten. Er wies demgegenüber wie der deutsche Vertreter auf den Plan des Präsidenten Hoover hin, der eine wirkliche Abrüstungsmassnahme auf dem Gebiet der Luftwaffen darstelle. Die Rede des holländischen Delegierten löste spontanen Beifall aus.

## Neuer Appell an die Länder

Unveränderte Haltung der Reichsregierung.

Berlin, 25. Juni

Von zuständiger Stelle wird mitgeteilt, daß Reichsinnenminister von Geyl nach der Konferenz mit den Innenministern der Länder noch einmal schriftlich an die Länderregierungen die Bitte gerichtet hat, sich zu seinen Vorschlägen zu äußern. Nachdem die Mitteilungen der Länder eingegangen sind, wird das Kabinett dazu Stellung nehmen, und zwar soll das in Anwesenheit des Reichskanzlers geschehen. Man rechnet damit, daß der Reichskanzler Anfang der nächsten Woche in Berlin sein wird. Es wird nochmals betont, daß die Reichsregierung gewillt sei, ihre politische Linie durchzusetzen und eine Einheitsfront in der Frage des Anisormtragens und der Demonstrationen herbeizuführen.

Die Darstellung, die ein Teil der Presse über die Auswirkungen der Länderkonferenz auf süddeutsche Länder veröffentlicht, und in denen sogar mit Bezug auf Bayern von einem bevorstehenden Ausnahmestand gesprochen wird, werden in amtlichen Berliner Kreisen als Gerüchtmacherei bezeichnet, die jeder sachlichen Grundlage entbehre. Was die tatsächliche Entwicklung der Besprechungen zwischen der Reichsregierung und den Länderregierungen anbetreffe, so müsse zunächst einmal abgewartet werden, in welcher Form die Länder zu den Anregungen, die die Reichsregierung auf der Länderkonferenz bezüglich der Durchführung der Notverordnung gemacht hat, antworten werden.

## Bayerns Auffassung

Staatsrat Schäffer hielt in München eine Rede, in der er u. a. sagte: „Wir lassen uns von unserer Aufgabe und von unserem Wege nicht abdrängen. Es kann sein, daß der bayerische Staat wie in den Tagen der Einwohnerwehr appellieren muß an die jungen Söhne, um die Strafe nicht einer Partei überantworten zu müssen. Wenn der Ruf kommt, dann wollen wir uns alle zusammenfinden, für den Staat, für das Recht und die Freiheit.“

## Zum Konflikt Bayern—Reich.

München, 25. Juni.

Zu den Beratungen des bayerischen Ministerrates schreibt die parteioffizielle Bayerische Volkspartei-Korrespondenz: Der Konflikt, der zwischen Bayern und der Reichsregierung entstanden sei und der von der Presse Hitlers und Hugenburgs als bayerische Separation und bayerische Reichsfeindlichkeit hingestellt werde, beruhe im wesentlichen darin, daß die Bayerische Staatsregierung mit bestem Willen sich nicht den politischen Auffassungen der Reichsregierung anschließen könne. Man sei in Bayern, wo bis jetzt Ruhe und Ordnung herrsche, voll der ernstesten Besorgnis, daß die Politik der Reichsregierung mit Eilschritten auf eine bürgerkriegswähnere Situation hinführe.

Dazu komme für die Bayerische Staatsregierung noch der Rechtsstandpunkt hinzu, der es grundsätzlich nicht erlaube, der Reichsregierung so tief in die Polizeihohheit eingreifende Maßnahmen zuzugestehen, die im Deutschen Reich verfassungsmäßig nur einmal der Staatsgewalt der Länder zustehen.

Bei dieser liegenden politischen und rechtlichen Meinungsverschiedenheit zwischen Reichsregierung und bayerischer Staatsregierung werde niemand überrascht sein, wenn der bayerische Ministerrat, der sich am Freitagvormittag und auch am Abend des gleichen Tages mit der Absage der Antwort an die Reichsregierung befaßte, zu einem durchaus ablehnenden Standpunkt gekommen ist.

Wenn die Reichsregierung sich der Stimme Bayerns gegenüber völlig taub zeigen wolle, dann müsse man wohl damit rechnen, daß das Reichskabinett zu Maßnahmen greifen werde, die man in Bayern als einen Akt der Vergewaltigung und der Willkür betrachten würde, auch wenn sie in eine zunächst gültige Reichsrecht schaffende Rechtsform gekleidet würden.

## Entscheidung am Dienstag

Reichskanzler von Papen trifft bekanntlich am heutigen Sonntagabend wieder in Berlin ein; er wird sich auch wieder genau über die innerpolitische Lage unterrichten, wie sie sich nach der Länderkonferenz ergibt. Man rechnet in politischen Kreisen für Anfang der kommenden Woche, wahrscheinlich am Dienstag, mit einer Entscheidung. Diese Entscheidung wird in den Grundzügen bereits in der heutigen Kabinettsitzung besprochen werden.

## Hindenburg wird unterrichtet

Die Reise des Reichskanzlers nach Berlin hat nach Auffassung politischer Kreise den Zweck, daß von Papen dem Reichspräsidenten über die Lage in Lausanne Bericht erstattet und sich außerdem mit den in Berlin verbliebenen Mitgliedern des Kabinetts darüber berät. Voraussetzlich wird heute mittag der Empfang des Reichskanzlers beim Reichspräsidenten und nachmittags eine Kabinettsitzung stattfinden. Ursprünglich hatte man bekanntlich geglaubt, daß der

Kanzler schon verhältnismäßig bald wieder nach Berlin zurückkehren könnte. Nach dem tatsächlichen Verlauf der Konferenz ist seine Teilnahme aber notwendiger denn je, denn die Verhandlungen sind erst gestern mit der direkten deutsch-französischen Fühlungnahme in den entscheidenden Abschnitten eingetreten.

## Forderungen der Industrie

Stellungnahme zu den neuen Notmaßnahmen.

Berlin, 25. Juni.

Im Anschluß an Sitzungen des Präsidiums und des Vorstandes trat der Hauptausschuß des Reichsverbandes der Deutschen Industrie unter Vorsitz von Dr. Krupp von Bohlen und Halbach zu einer starkbesuchten Tagung zusammen. Nach einem Bericht des geschäftsführenden Präsidiumsmitgliedes, Geheimrat Kastl, wurde zu den verschiedenen Erklärungen der neuen Regierung und ihrer einzelnen Mitglieder sowie zu den gesetzgeberischen Notmaßnahmen Stellung genommen.

Es wurde u. a. betont, die deutsche Industrie stehe selbstverständlich geschlossen hinter der Reichsregierung in ihrem Kampf um die außenpolitischen Ziele. Wenn die Regierung den Staat frei machen wolle von Aufgaben, die der Staat seinem Wesen nach niemals erfüllen könne, so könne dem nur zugestimmt werden.

In der Notverordnung vom 14. Juni 1932 werde zwar der erste Wille bekundet, die Haushalte der öffentlichen Körperschaften und der Sozialversicherungen vor dem Zusammenbruch zu retten, und es würden zu diesem Zweck auch auf der Ausgabeite einschneidende Entfernungen durchgeführt. Auf der anderen Seite seien aber neue Steuern eingeführt, alte Steuern erweitert worden, während es in der Rundgebung zu den Notstandsmaßnahmen vom 14. Juni heiße, daß Steuererhöhungen nur noch zu einer Verschlechterung der Einnahmen führen könnten.

Eine endgültige Gesundung der Kassen- und Finanzlage sei nur möglich, wenn in allen Zweigen der öffentlichen Hand eine ausreichende Senkung der Ausgaben eintrete. Für die organische Besserung der Ausgaben bedürfe es in erster Linie der schleunigen Inangriffnahme einer großen Verwaltungsreform sowie einer Reform der Sozialversicherung und der Arbeitslosenfürsorge. Zur Vergrößerung des deutschen Produktions- und Handelsvolumens dürfe weder eine einseitige Exportpolitik getrieben noch eine ausschließlich binnenwirtschaftliche Orientierung erstrebt werden. Der Reichsverband lehne nach wie vor jede Art von Subvention wie auch jede Maßnahme, die auf eine „Sozialisierung der Verluste“ hinauslaufe, entschieden ab. Der Reichsverband trete ferner mit allem Nachdruck für die Aufrechterhaltung des privatwirtschaftlichen Systems ein.

## Erklärungen Stegerwalds

In einer Rede in Augsburg erklärte der frühere Reichsarbeitsminister Stegerwald, die Regierung Bayern habe eine soziale Reform durchgeführt, die nur aus Leistungsfürzungen bestehe, die übrigen von der alten Regierung in Aussicht genommenen Reformen aber verfallen lassen.

## Adolf Hitler zum innerpolitischen Umschwung.

München, Adolf Hitler sprach am Freitagabend in dem schon eine Stunde vorher völlig überfüllten Zirkus Arone. Er wies auf den innerpolitischen Umschwung der letzten acht Wochen hin und stellte mit Bestimmtheit fest, daß es gerade der Reichspräsident v. Hindenburg gewesen sei, der die Wiederherstellung des Rechts vollzogen habe. Zentrum und Sozialdemokraten hätten das Glück, daß die heutige Regierung keine nationalsozialistische Regierung sei. Sie sollten dem Himmel danken, daß der Reichskanzler v. Papen heiße und nicht Adolf Hitler. Bei einer nationalsozialistischen Regierung würde es ihnen nicht so leicht gelingen, das Bild der Verantwortlichkeit für die Taten der letzten 13 Jahre zu trüben. Die Nationalsozialisten würden den Herrschaften der roten und schwarzen Front eine Bilanz aufstellen, daß ihnen Hören und Sehen verberge. Bayerische Minister seien es gewesen, die noch vor wenigen Wochen in Berlin verlangt hätten, daß von Reichs wegen gegen die Nationalsozialisten noch scharfer eingeschritten werde, daß man die N. verbiete. Die Reichsregierung sei so lange recht gewesen, als sie ihre verschärften Pläne gedenkt habe. Hitler wies auf die Ausweisung der nationalsozialistischen Fraktion aus dem Bayerischen Landtag hin und erklärte unter stürmischem Beifall, daß sich die Partei diese Methode der Rechtsprechung nicht mehr gefallen lassen würde. „Wir sind entschlossen“, so erklärte er, „entweder durch das Reich unser Recht zu bekommen oder einen Zustand herbeizuführen, der die Unmöglichkeit dieses Vorgehens jedem eindeutig beweist. Wir werden in Oldenburg und in Mecklenburg genau das tun, was die Bayerische Volkspartei in Bayern macht. Dann muß das Reich eingreifen und das rechtswidrige Verhalten der schwarzen und roten Parteien korrigieren.“ Bezüglich der Koalition mit anderen Parteien erklärte Hitler, daß die Nationalsozialisten es ablehnen müßten, die Politik der Parteien weiter zu führen. Die Nationalsozialisten seien bereit, die vollkommene Verantwortung zu übernehmen und könnten das tun, wenn das deutsche Volk am 31. Juli seine Pflicht erfülle. So lange könnten sie warten.

## Litauens erste Niederlage im Haag

Gerichtshof erklärt sich für zuständig.

den Haag, 25. Juni.

Der Ständige Internationale Gerichtshof im Haag hat seinen Spruch in der Frage der von Litauen angezeigten Unzuständigkeit für die Entscheidung in den beiden letzten Fragen der Memellage verkündet. Mit 13 gegen 3 Stimmen hat der Gerichtshof den litauischen Einwand verworfen und sich für die Entscheidung in dieser Frage für zuständig erklärt.

Gleichzeitig hat der Gerichtshof den 9. Juli als letzten Zeitpunkt bestimmt, bis zu dem die litauische Regierung eine schriftliche Darlegung über die beiden Fragen einreichen kann. Bei diesen Fragen handelt es sich darum, ob die Ernennung des Direktors Simaitis und die Auflösung des Memelländischen Landtags ordnungsmäßig erfolgt sind.

## Ermittlung mit Tränengasbomben.

Wien. In Donawitz (Steiermark) kam es bei einer Ermittlung zu großen Ausschreitungen. Etwa 900 Arbeitslose nahmen gegen die Beamten, die mit Unterstützung von Landjägern die Ermittlung vornahm, Stellung. Schließlich machten die Landjäger von Tränengasbomben Gebrauch. Die Arbeitslosen ließen trotzdem aber von ihren Versuchen, die Ermittlung zu verhindern, erst ab, als sich die Landjäger schüßerbereit machten. Die Arbeitslosen zogen darauf vor ein Kaufhaus und warfen dort alle Fenstersteinen ein.